

Experten schlagen Alarm: Deutschlands Klimaziele bis 2030 in Gefahr!

Expertenbericht zur Einhaltung des deutschen Emissionsbudgets bis 2030 zeigt Unsicherheiten und drohende Zielverfehlungen auf.



Deutschland - Der Expertenrat für Klimafragen hat seinen aktuellen Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 vorgestellt. Diese Evaluierung ist von entscheidender Bedeutung, da sich die Ergebnisse direkt auf die künftige Klimapolitik der Bundesregierung auswirken werden. Wie **ÖkoNews** berichtet, wurde die Berechnung der Emissionsdaten für 2024 vom Expertenrat nachvollzogen und die Ergebnisse des Umweltbundesamts bestätigt. Im Jahr 2024 überschreiten der Gebäudesektor und der Verkehrssektor erneut die festgelegten Jahresemissionsmengen, wobei die Überschreitung höher ausfällt als im Vorjahr.

Die Projektionsdaten zeigen, dass das im Klimaschutzgesetz festgelegte Emissionsbudget für den Zeitraum von 2021 bis 2030 mit einem Puffer von 81 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten eingehalten werden kann. Dennoch deutet der Expertenrat an, dass diese Daten tendenziell eine Unterschätzung der tatsächlichen Emissionsmengen bis 2030 darstellen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die nationalen Verpflichtungen unter der europäischen Lastenteilung ab 2024 voraussichtlich verfehlt werden, was eine wachsende Ziellücke bis 2030 zur Folge hat.

Herausforderungen im LULUCF-Sektor

Besonderes Augenmerk liegt auf dem Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF), der nach wie vor als eine bedeutende Emissionsquelle ausgewiesen wird. Im Jahr 2023 betragen die Nettoemissionen aus diesem Sektor 68,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Die Hauptemissionen stammen von organischen Böden, die mit 47,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten die größte Quelle darstellen. Dies wird durch einen hohen Kohlenstoffverlust verursacht, der die Kohlenstoffbindung in Mineralböden überkompensiert, wie **Thünen-Institut** erläutert.

Die methodischen Verbesserungen in der Emissionsberechnung haben dazu geführt, dass die Nettoemissionen in den letzten Jahren signifikant höher ausgewiesen wurden. Diese Erkenntnisse unterstreichen die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen in diesem Sektor. Ohne signifikante Veränderungen wird auch das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 voraussichtlich verfehlt.

Politische Reaktionen und Ausblick

Die Bundesregierung sieht sich infolgedessen einem dringenden Handlungsbedarf gegenüber. Der Expertenrat hat Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Gebäude empfohlen sowie die

Entwicklung technischer Senken zur Emissionsreduktion gefordert. Der Koalitionsvertrag wurde im Hinblick auf die Zielerreichung im Jahr 2030 als unzureichend bewertet. Martin Kaiser von Greenpeace hat deshalb schnelle Maßnahmen von der Bundesregierung gefordert und bereits eine Zukunftsklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die sich auch an die neue Regierung richtet.

Die Vergabe verbindlicher Treibhausgas-Minderungsziele für verschiedene Sektoren, wie im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegt, sollte als unverzichtbarer Bestandteil der politischen Agenda betrachtet werden. Im Rahmen des „Fit-for-55-Pakets“ der EU-Kommission sind Anpassungen in den Klimazielen für 2030 nötig, um das Ziel einer Minderung um 65 Prozent zu erreichen, wie **Umweltbundesamt** anmerkt.

Abschließend zeigt die aktuelle Analyse, dass die Herausforderungen im Bereich der Emissionsreduktion weiterhin groß sind. Der Druck auf die Regierung bleibt hoch, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen und langfristig eine nachhaltige Entwicklung zu sichern.

Details	
Vorfall	Klimawandel
Ort	Deutschland
Quellen	• www2.oekonews.at • www.thuenen.de • www.umweltbundesamt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at